Naturstrom

Umfrage zur Energiepolitik veröffentlicht

[18.03.2026] Eine große Mehrheit der Bevölkerung bewertet die Energiepolitik der Bundesregierung negativ und lehnt zentrale Reformpläne ab. Die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage zeigen wachsende Skepsis gegenüber Solar- und Heizungsentscheidungen – mit möglichen Folgen für Investitionen und Akzeptanz der Energiewende.

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung steht der Energiepolitik der Bundesregierung kritisch gegenüber. Wie eine Umfrage von Civey im Auftrag des Energieversorgers Naturstrom zeigt, bewerten rund 69 Prozent die aktuelle Politik als „sehr negativ“ oder „eher negativ“.

Besonders umstritten ist die geplante Streichung der Einspeisevergütung für Photovoltaikanlagen bis 25 Kilowatt. Mehr als 53 Prozent der Befragten halten diesen Schritt für falsch, während nur 36 Prozent zustimmen. Auch die Reform des sogenannten Heizungsgesetzes stößt auf Skepsis. Rund 57 Prozent erwarten dadurch mehr Verunsicherung statt Klarheit. Selbst unter Anhängern von CDU und CSU äußern 39 Prozent entsprechende Bedenken.

Oliver Hummel, Vorstandsvorsitzender von naturstrom, sieht darin ein grundlegendes Problem: „Die Bundesregierung macht Energiepolitik an den Menschen vorbei.“ Die Kombination aus einem möglichen Förderstopp für Solarenergie und geringeren Anforderungen an neue Gasheizungen sende ein widersprüchliches Signal für die Energiewende.

Trotz der politischen Diskussion halten viele Befragte an langfristigen Erwartungen fest. So sehen 40 Prozent die Wärmepumpe weiterhin als wirtschaftlichste Heizlösung. Nur 16 Prozent trauen Gasheizungen diese Rolle zu, selbst bei steigender Beimischung von Wasserstoff oder Biomethan. Gleichzeitig rechnen über 80 Prozent damit, dass Heizen mit Gas künftig teurer wird.

Diese Einschätzung zieht sich durch alle politischen Lager. Je nach Parteipräferenz erwarten zwischen 77 und 86 Prozent steigende Kosten. Auch für die SPD ergibt sich daraus Handlungsdruck: Lediglich 6,2 Prozent ihrer Anhänger bewerten die Energiepolitik der Regierung positiv.

Die Umfrage wurde Anfang März unter 5.000 Wahlberechtigten durchgeführt und gilt als repräsentativ mit einer statistischen Fehlertoleranz von 2,7 Prozentpunkten.

(th)

Stichwörter: Politik, Naturstrom, Energiepolitik, Studie